

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen.

Entwaffnung vor Entschädigungs-Regelung.

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Nach Pariser Meldungen erklärt der Temps in seinem Leitartikel vom 3. Januar, daß es notwendig sei, die Entwaffnungsfrage zu erledigen, ehe man daran denken könne, die Verhandlungen in Brüssel über die Entschädigungsfrage zu Ende zu führen. Man müsse sich ins Gedächtnis zurückrufen, welche harten Worte dieser Tage gebraucht wurden, als Vertreter der deutschen Regierung die alliierten Diplomaten darauf hingewiesen haben, daß man im Heise der Meinung sei, über die Reparationsfrage könne in Brüssel nur dann mit Erfolg verhandelt werden, wenn die Atmosphäre nicht vergiftet sei. Wie könne man, erklärt der Temps, mit dem Staatssekretär eine Abmachung treffen, wenn dieser hinter sich die Eschere habe, die mit Mikrobakterien spielen. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Alliierten sich mit Gewalt Recht schaffen würden. Aus diesem Grunde müsse die Entwaffnungsfrage noch diese Woche gelöst werden, denn sie stelle ein Sperrfeuer dar, das die Sachverhaltungen in Brüssel aufhalte. Nur wenn diese Hindernisse beseitigt seien, könne an eine günstige Lösung der Entschädigungsfrage gedacht werden.

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern und Beamten.

Die gestern in Berlin mit den Beamtenvertretern begonnenen Verhandlungen sollen nach verschiedenen Berichten einen guten Verlauf genommen haben; allerdings wurden sie schon nach einem Tage abgebrochen; sie sollen nicht mehr gemeinschaftlich geführt werden, sondern es soll mit den verschiedenen Gruppen getrennt verhandelt werden. Die Beamtenvertreter haben der Regierung in sehr nachdrücklicher Weise hervorgehoben, daß die bisherige Taktik, die die Regierung gegen die Forderungen der Eisenbahner und Beamten eingeschlagen hat, nicht aufrechterhalten werden könne. Es gehe nicht an, den Eisenbahnern und Beamten die Folgen der katastrophalen Wirtschaftspolitik der Regierung aufzuhaufen. Die Auseinandersetzungen waren am Beginn der Verhandlung auch außerordentlich erregt. Der Regierungsvorsteher mußte denn auch einsehen, daß mit der bisherigen Taktik nicht weiterzukommen ist, er räumte deshalb ein, daß den Beamten und Eisenbahnern geholfen werden solle und müsse. Auffällig ist, daß die Verhandlungen nicht vom Vertreter des Finanzministeriums, sondern von Staatssekretär Albert aus der Reichskanzlei geführt wurden, da es doch bekanntlich das Finanzministerium ist, das der Erfüllung der Beamtenforderungen bisher den größten Widerstand entgegengesetzt hat. Wenn auch die Zusage des Regierungsvorstehers, daß den Beamten geholfen werden solle, für die Beamten die Aussicht auf ein gutes Ergebnis bietet, so wird ihnen andererseits der Versuch desselben Vertreters, einen Keil zwischen die verschiedenen Gruppen zu treiben, gezeigt haben, daß die Regierung das alte Spiel vom „Teile und Herrsche“ auch jetzt noch anzuwenden versucht. Der Beauftragte des Reichsfinanzministeriums sprach nämlich die Hoffnung aus, daß die Eisenbahnbeamten sich der gemäßigten Politik der übrigen Beamtenverbände anschließen würden.

Am Freitag sollen die Beauftragten des Reichsfinanzministeriums mit den Vertretern des deutschen Beamtenbundes verhandeln und zwar über die Gewährung von Zuschlägen zu den bisherigen Ortszuschlägen; am Mittwoch soll mit den Eisenbahnern im Verkehrsministerium verhandelt werden.

Ueber die Verhandlungen am Montag geht uns aus Berlin noch der folgende telephonische Bericht zu:

Berlin, 4. Januar. Der Volksanzeiger meldet über Verhandlungen, die in der Regierung mit den Beamten stattgefunden haben: „Die im Reichsfinanzministerium zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamtenenschaft ausgenommenen Verhandlungen zur Regelung der Gehaltsfrage haben einen günstigen Verlauf genommen. Die Regierungsvorsteher erklärten, daß die Regierung den Beamten weiter helfen wolle, doch müßten auch die Beamten auf die katastrophale Finanzlage des Reichs Rücksicht nehmen und die Forderungen auf ein erträgliches Maß zurückdrängen. In Breslau wurden bei der Urabstimmung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Direktion Breslau, 83 Prozent der Stimmen für die Anwendung der härtesten gewerkschaftlichen Mittel zur Erreichung der geistlichen Forderungen abgegeben.“

Köln, 3. Januar. Auch hier soll nach der Rheinischen Zeitung mit den Eisenbahnern verhandelt werden. Der Eisenbahndirektionspräsident hat die in Frage kommenden Gewerkschaften zu Besprechungen und Verhandlungen eingeladen.

Die Abstimmung der dortigen Beamten und Eisenbahner ergab eine Zweidrittelmehrheit für den Streit.

D'Annunzios letztes Manifest.

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. Z.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: Am Silvesterabend ist das letzte Manifest von D'Annunzio in Fiume erschienen. Es enthält Beschimpfungen der Regierung und ihres Vertreters Cavaglia. D'Annunzio schreibt u. a., er sei nach Fiume gekommen, um der Entente die Stirne zu bieten und den Vertrag von Versailles zu bekämpfen. Italien habe Fiume betrogen und verraten, in Ita-

passo die Verhandlungen gegen Fiume geführt und den Untergang der italienischen Stadt vorbereitet. Die jussische Grenze habe Italien nur dank des geschickten Widerstandes und des Kampfes der Fiumer erlangt. Diese hätten sich gegen die Undankbarkeit, Hinterlist und Gewalt erhoben. 15 Monate lang seien sie durch die Regierung mit dem Hunger bekämpft worden. D'Annunzio will ein Buch schreiben, in dem er die Geschichte seiner Teilnahme am Kriege, sowie der Besetzung von Fiume, von der Expedition Ronchi bis zur Übergabe und den Kampf mit den Regierungen Nitti und Giolitti erzählt.

Fortsetzung der englisch-russischen Verhandlungen?

Kopenhagen, 3. Januar. Amtlichen englischen Mitteilungen zufolge ist die britische Regierung über die Abberufung Krassin nicht benachrichtigt worden. Die Abberufung erfolgte um so unerwarteter, als sich in den Verhandlungen mit Krassin gerade in den letzten Tagen Fortschritte gezeigt hätten. Die britische Regierung bestreitet die Behauptung des Moskauer Funkspruchs, daß sie bei den Verhandlungen die im Juli getroffene Vereinbarung abzuändern gesucht habe. Trotz des Eintreffens des Moskauer Funkspruchs dauern die Verhandlungen fort und Krassin hat am 31. Dezember an einer Konferenz im britischen Handelsministerium teilgenommen.

Paris, 3. Januar. Nach einer Londoner Meldung des Journal ist es nunmehr sicher, daß Krassin Ende dieser Woche London verlassen wird, um mit der Sowjetregierung zu verhandeln. Er wird den endgültigen Handelsvertrag mit England in Moskau vorlegen. Bis jetzt ist noch keine befriedigende Formel gefunden worden, um das nach England zu schaffende russische Gold vor der Beschlagnahme zu schützen.

Die englisch-irischen Verhandlungen gescheitert?

Der „Präsident der irischen Republik“, de Valera, der sich bisher in Amerika aufhielt, hat Amerika verlassen und soll nach Irland zurückgekehrt sein. Weiter berichtet Daily Mail aus Newyork, daß sämtliche in den Vereinigten Staaten befindlichen stimmberechtigten Mitglieder des Sinnfeiner-Parlamentes unterwegs nach Irland seien oder im Begriffe ständen, dorthin abzureisen. New York World äußert die Vermutung, daß in Gegenwart de Valeras eine Sitzung des irischen Parlamentes abgehalten werden solle, in der hochwichtige Fragen im Zusammenhang mit der künftigen Politik der Sinnfeiner beraten werden sollen. Einzelne Londoner Blätter knüpfen an die Rückkehr de Valeras die Hoffnung, daß nun der Weg zum Frieden geebnet sei. Dagegen sollen jetzt nach einem Bericht der Times die Verhandlungen der Regierung mit den Sinnfeiner-Führern vollständig gescheitert sein. Es sei Lloyd George nicht gelungen, die nötigen Garantien zu erhalten und die Sinnfeiner hätten seine Vorschläge mit größter Zurückhaltung ausgenommen. Die Regierung werde daher ihre bisherige Politik fortsetzen. Es sei sogar wahrscheinlich, daß das Standrecht für ganz Irland erklärt werde.

Nach Blättermeldungen aus London haben die Militärbesörden in Cork infolge der letzten Angriffe auf Polizeibeamte und Soldaten beschlossen und öffentlich mitgeteilt, daß verschiedene Häuser in der Gegend der Ueberfälle, die bei Middleton und Gibe-House stattgefunden haben, mit ihren Möbeln verbrannt werden sollen. Das ist am 1. Januar 1921 geschehen. Man hat den Bewohnern eine Stunde Zeit gelassen, um ihre Habeigkeiten in Sicherheit zu bringen. Doch mußten die Möbel zurückgelassen werden.

Was wird mit Hauptmann Pfeffer?

Auf eine Anzapfung des Berliner Tageblatts, daß das Strafverfahren gegen den Kapp-Hauptmann Pfeffer immer noch nicht durchgeführt worden sei, teilt die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums mit, Hauptmann Pfeffer befinde sich in Untersuchungshaft, der Umfang des Untersuchungsmaterials habe bisher jedoch den genügenden Fortschritt des Verfahrens gehindert. Schon vor mehr als drei Monaten erklärte der Staatsanwalt anlässlich des Prozesses gegen die Weihenstepfer Kommunisten, die Anklage stehe unmittelbar bevor. Trotzdem wird noch immer gezögert. Das ist höchst verdächtig, zumal wenn man bedenkt, daß ein Hauptmann Kessel amnestiert worden ist, die Marburger Arbeitermörder freigesprochen sind und sich überall Anzeichen einer wahnwichtig forcierten konterrevolutionären Klassenjustiz zeigen.

Der Mörder des Genossen Schottländer ist richtig entwischt! Die Staatsanwaltschaft konnte ihn bekanntlich nicht entdecken. Nachdem die Arbeiterpresse ihn auf die Spur des Hauptmanns Schmitt in Pilsau verholten hat, ist sie dort zu spät gekommen. Ein offizielles Telegraphenbureau teilt in kurzen Worten mit, daß Schmitt bei Eingang des Haftbefehls bereits entlassen, sein jetziger Aufenthaltsort aber „unbekannt“ sei. Natürlich!

Der Notenkrieg um die Dragesch.

Wolffs Bureau hat sich in den Neujahrstagen bemüht, in der englischen und französischen Presse Stimmen zu erheben und zusammenzustellen, die für die Dragesch-Politik der Stinnesregierung noch ein paar winzige Hoffnungsschimmer abgeben könnten. Indes, der Liebe Mühe war so gut wie vergebens. Die Blätterstimmen aus Paris und London zeigen im wesentlichen Uebereinstimmung in der Erklärung, daß Deutschland keine Ausflucht mehr gestattet werde, daß man eventuell durch Zwangsmahregeln dafür sorgen müsse, es zur endlichen Erfüllung seiner Verpflichtungen in Spa zu zwingen. Die Londoner Times erklären, die französische und die englische Regierung seien darin einig, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Lediglich über den Zeitpunkt der Anwendung der Zwangsmahnahmen schienen die Meinungen zwischen Paris und London noch etwas auseinanderzugehen. In einem Havas-Telegramm aus London wurde festgestellt, daß England jetzt haben wolle, die Frage zu studieren, und darüber nachzudenken, das mit nichts überstürzt werde. Man glaube deshalb, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien und des japanischen Botschafters in Paris nicht vor Ende kommender Woche ins Auge gefaßt werden könne. Die Angelegenheit sei zu ernst, um von der Botschafterkonferenz beraten zu werden; sie müsse dem Obersten Räte überwiesen werden.

Die deutsche Regierung scheint nun allmählich zu begreifen, was sie mit ihrer selbstfertigen Haltung in der Frage der Einwohnerwehren und der Dragesch über sich heraufbeschworen hat. Im Inneren hat sie die rechtssozialistische Partei aufgeführt, in der die Stimmen sich mehren, die härteste Opposition gegen die bürgerliche Regierung fordern. Allerdings bremst der Vorwärts kräftig, und auch die Sozialistische Korrespondenz, die schon so trübig gegen die Stinnesregierung getan hatte, schwenkt wieder ein und will von dem sofortigen Sturz der Regierung nichts wissen, weil bei der Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die noch nicht „vernünftig“ genug sei, um in eine Koalitionsregierung mit den Demokraten einzutreten (was selbstverständlich richtig ist), nur eine Rechtsregierung mit den Deutschnationalen herauskommen könnte. Das aber sei nicht zu verantworten. Die beiden Organe vertrießen auf die Preußenwahlen, die ihrer Ansicht nach den Umschwung bringen werden.

So wäre also die Existenz der Stinnesregierung noch für einige Zeit gesichert. Aber eine außerparlamentarische Krise könnte ihr gefährlicher werden als die parlamentarische Opposition. Die Drohung der Bergarbeiter, keine Kohlen mehr nach Bayern zu liefern, wenn die Dragesch nicht aufgelöst werde, ist da, so sehr auch die Regierung den Ernst der Situation zu verheimlichen sucht.

Inzwischen hagelt Note auf Note auf die Reichsregierung herab, die Beschwerde über die vertragswidrige Organisation der Sicherheitspolizei, die Forderung nach der Desarmierung der Festungen und schließlich noch eine unfreundliche Abweisung in der Frage der Kriegsverbrecher. Die Reichsregierung möchte den Zusammenhang dieser Noten mit der Frage der Einwohnerwehren leugnen. Erfolglos, denn es zeigt sich sehr deutlich, daß die Entente alle diese Druckmittel anwendet, um die deutsche Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in der Einwohnerwehfrage zu zwingen. Kommt die deutsche Regierung ihnen nach, so wird die Entente über die andern Dinge mit sich reden lassen. Aber die Regenten von Stinnes Gnaden scheinen die Entschlußkraft zu einer Umkehr nicht finden zu können und sich fatalistisch in den schweren Konflikt hineintreiben zu lassen.

Die oben erwähnte Note in der Frage der Kriegsverbrecher bezieht sich auf das Ersuchen des Auswärtigen Amtes, dem Oberreichsanwalt in Leipzig über eine Anzahl deutscher Reichsangehöriger, die von den deutschen Justizbehörden unter der Beschuldigung der Zuwiderhandlung gegen die Kriegsgesetze verfolgt werden, die von ihnen gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Der französische Minister des Auswärtigen erklärt dazu, daß der in Spa vereinbarte unmittelbare Schriftverkehr zwischen Oberreichsanwalt und dem französischen Justizministerium auf die 45 Fälle beschränkt bleiben soll, die auf der am 7. Mai übersandten Liste von Kriegsverbrechern stehen. Nach dem vorläufigen Verzicht auf die Auslieferung der Kriegsverbrecher hat die Entente bekanntlich eine verkürzte Liste aufgestellt, die das Reichsgericht in möglichst kurzer Frist erledigen sollte. — Frankreich zählt 45 Namen auf. Eine Verhandlung hat noch gegen keinen dieser 45 Angeklagten stattgefunden. — Der französische Minister erklärt weiter, daß die deutsche Regierung den allgemein üblichen diplomatischen Weg einschlagen muß, wenn sie gegen andre Personen als die auf der Liste der 45 Beweismaterial, bzw. Auskünfte von den französischen Behörden wünscht. Das wichtigste aber an dem Schriftstück ist die Erklärung der französischen Regierung, daß